



SEEEDS

Supporting Engagement in European Elections
and Democratic Societies



ELECTION-WATCH.EU



Co-funded by
the European Union

Strategiepapier

Verbesserung der Integrität der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024

August 2023

KURZFASSUNG

Dieses Strategiepapier¹ soll einen Beitrag zur Integrität der Europawahl 2024 leisten durch:

- **Hervorheben von Risiken und Chancen** im politischen Wahlkampf und in Wahlprozessen, einschließlich böswilliger Einmischung, **Desinformation** und Herausforderungen durch den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum;
- Hinweisen wo **Gleichheit, Integration, Transparenz und Rechenschaftspflicht** verbessert werden können;
- **Empfehlungen zur Verbesserung der Integrität und Sicherheit.**

Dieses Strategiepapier empfiehlt der Europäischen Union (EU) und den EU-Mitgliedstaaten (MS):

- Einsatz **für umfassende europäische Wahlrechtsreformen**;
- **Stärkung der Medienfreiheit** und **Schutz von Journalisten** vor Bedrohung und Einschüchterung;
- **Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums** und **Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements** bei Wahlen;
- Verstärkte **Einbeziehung von Jugendlichen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und mobilen EU-Bürgern**;
- **Stärkung der Aufsichtsgremien** für eine einheitliche Anwendung der Vorschriften für politische Werbung und Finanzierung;
- **Verbesserung der Resilienz gegenüber Desinformation** und Sensibilisierung für akkurate Informationsquellen;
- **Anregung von politischen Debatten** und demokratischer Beteiligung der europäischen Bürger*innen;
- **Stärkung der Wahrnehmung** der EU als Förderer und Vorbild für demokratische Wahlen.

¹ Das Strategiepapier des Projekts "Supporting Engagement in European Elections and Democratic Societies" (SEEEDS) wurde vor seiner Veröffentlichung den Akteuren im Wahlbereich zur Stellungnahme vorgelegt und ist in acht weiteren europäischen Sprachen, darunter Bulgarisch, Tschechisch, Griechisch, Ungarisch, Lettisch, Polnisch, Rumänisch und Slowakisch, [auf dieser Website](#) verfügbar.

EINFÜHRUNG

Dieses Strategiepapier ist das Ergebnis der laufenden Forschung und Menschenrechtsarbeit von [Election-Watch.EU \(EW\)](#), der [Europäischen Partnerschaft für Demokratie \(EPD\)](#), [Democracy Reporting International \(DRI\)](#) und der [Europäischen Plattform für demokratische Wahlen \(EPDE\)](#). In vier thematischen Webinaren im Rahmen des [Projekts „Supporting Engagement in European Elections and Democratic Societies“ \(SEEEDS\)](#) diskutierten europäische Entscheidungsträger*innen und Expert*innen über Schlüsselthemen der Europawahlen 2024.² Ein hochrangiges Gremium mit Vertreter*innen der vier großen Fraktionen und der Zivilgesellschaft diskutierte über die Verbesserung der Wahlintegrität im Vorfeld der bevorstehenden Europawahlen im EP am 4. Juli 2023.³ Die SEEEDS-Projektpartner können die Entscheidungsträger*innen auf europäischer und nationaler Ebene dabei unterstützen, das Vertrauen in die EP-Wahlen 2024 zu stärken und deren Integrität zu verbessern. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden in vier Kapiteln dargelegt: 1) Gleichheit und Inklusion, 2) Transparenz, 3) Rechenschaftspflicht und Kontrolle, und 4) Risiken und Chancen.

1) GLEICHSTELLUNG UND INTEGRATION

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 umfassen 27 verschiedene Wahlen auf nationaler Ebene der EU-MS, die im einzigen direkt gewählten, repräsentativen Gremium der EU resultieren. Zwar gibt es auf europäischer Ebene einen allgemeinen Rechtsrahmen für die Wahlen, doch stützt sich jeder MS bei der Durchführung der Wahlen auf sein eigenes Wahlsystem und seine Wahlverwaltung, die in seinen eigenen Rechtsrahmen und Wahltraditionen eingebettet sind. Daraus ergibt sich eine Vielfalt von Wahlrechten, Regeln und Verfahren, die vom aktiven und passiven Wahlrecht bis hin zu den Wahlkalendern, Wahltagen und Wahlmethoden reichen. Die Bedingungen für die Wahlen sind europaweit sehr unterschiedlich und geben Anlass für Verbesserungen, um Gleichheit und Integration bei Wahlen zu fördern.⁴

Gutachten

Während der laufenden und der vorangegangenen Legislaturperiode hat die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) für Gesetzesreformen gestimmt, die auf eine größere Kohärenz der europäischen Wahlsysteme abzielen. Die Rechtsvorschriften des EP wurden jedoch noch nicht einstimmig von allen EU-Mitgliedstaaten angenommen und sind daher nicht in Kraft getreten. Auch wenn die verbleibenden gesetzgeberischen Möglichkeiten im Vorfeld der EP-Wahlen 2024 begrenzt sein mögen, gibt es noch Raum für Verbesserungen für bestimmte Wählergruppen, z. B. die Einbeziehung mobiler europäischer Bürger*innen sowie die Zugänglichkeit von Wahlen für Menschen mit Behinderungen. Frauen sind als Kandidatinnen in den meisten Mitgliedstaaten benachteiligt, was zu einer ungleichen Vertretung führt.⁵ Ein neues Phänomen, von dem weibliche Kandidatinnen stärker betroffen sind als männliche, ist geschlechtsspezifische Hassrede im Internet.

² Das SEEEDS-Projekt zielt darauf ab, das Bewusstsein für die Europawahlen zu schärfen, Desinformation zu bekämpfen und den Abstand zwischen aktiven europäischen Bürgern und EU-Entscheidungsträgern zu überbrücken; praktische Empfehlungen auf europäischer Ebene zu entwickeln; die Bürgerbeteiligung zu fördern, insbesondere die von Frauen, Jugendlichen, Wählern mit Behinderungen und mobilen europäischen Bürgern. Die 4 SEEEDS-Webinare stehen online zur Nachschau zur Verfügung: [Webinar 1](#) zum Thema "Gleichstellung und Eingliederung", [Webinar 2](#) zum Thema "Transparenz", [Webinar 3](#) zum Thema "Rechenschaftspflicht" und [Webinar 4](#) zum Thema "Risiken und Chancen".

³ Die Zusammenfassung der EP-High-Level-Veranstaltung kann [hier](#) abgerufen werden, und die Aufzeichnungen können als Kurz- und [Langfassung](#) abgerufen werden.

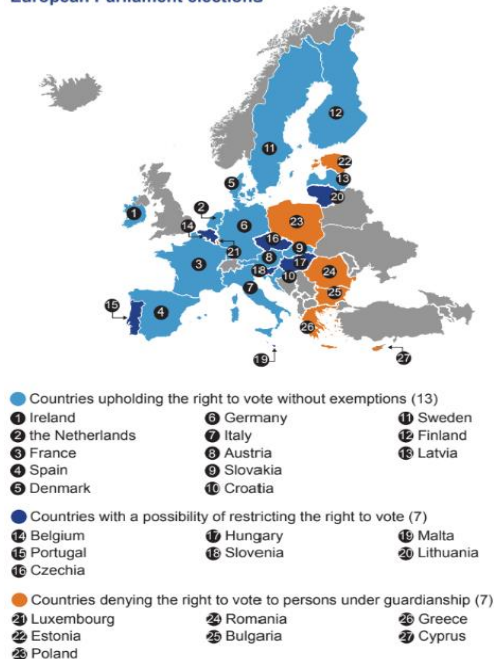
⁴ [Election-Watch.EU Wahlbeobachtungsmission Bericht 2019](#)

⁵ [Frauen im Europäischen Parlament \(2022\)](#)

Es gibt immer noch rechtliche und praktische Hindernisse für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen. Während die rechtlichen Hindernisse vor allem Menschen mit geistigen und psychosozialen Behinderungen betreffen, leiden Millionen von Menschen unter praktischen Hindernissen, die von der physischen Zugänglichkeit des Wahlvorgangs bis hin zur Zugänglichkeit der relevanten Informationen reichen. Eine wichtige Erkenntnis aus den laufenden Reformbemühungen ist, dass die besten Ergebnisse erzielt werden, wenn Behindertenorganisationen und die Wahlbehörden Hand in Hand arbeiten, um die verbleibenden Hindernisse zu beseitigen.

Tabelle 1: Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen im Jahr 2021⁶

The right to vote of persons with disabilities for European Parliament elections



Die Wahlinformationskampagnen des EP und zivilgesellschaftlicher Organisationen vor den letzten Europawahlen haben in den meisten, aber nicht in allen EU-Mitgliedstaaten zu einer bemerkenswerten Wahlbeteiligung geführt, insbesondere bei jungen Menschen und Erstwähler*innen. Es sind jedoch weitere Anstrengungen erforderlich, um das Interesse der Jugend zu wecken und ihre aktive Beteiligung an europäischen Angelegenheiten zu erhöhen. Eine solche Maßnahme könnte die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sein. Das Engagement der Jugend könnte auch durch die Schaffung von Möglichkeiten zur unparteiischen Wahlbeobachtung und durch die Einbeziehung von Jugendperspektiven in Wahlreformen gefördert werden. Zivilgesellschaftliche Wahlbeobachtung ist aufgrund der unterschiedlichen Gesetzgebung noch nicht überall in der EU gleichermaßen möglich, aber die Ermöglichung einer solchen aktiven Beteiligung am Wahlprozess würde die Wahlbeteiligung der Jugendlichen weiter erhöhen und zu

mehr Transparenz und Rechenschaft gegenüber der Wählerschaft beitragen. Weitere konzertierte Anstrengungen der europäischen Institutionen und der EU-Mitgliedstaaten sind erforderlich, um die eingeleiteten Wahlreformen fortzusetzen.

Empfehlungen

Wir fordern die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten auf zur:

1. Erwägung **zusätzlicher gemeinsamer europäischer Kriterien für Wahlberechtigung und Kandidatur**, um die Gleichheit des aktiven und passiven Wahlrechts in der gesamten EU zu gewährleisten.
2. Durchführung zusätzlicher **Maßnahmen zur Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern**, um Hindernisse für Kandidatinnen zu beseitigen, zum Beispiel durch Bestimmungen für die Registrierung von Kandidatinnen. Vor allem geschlechtsbezogene Hassrede im Internet sollten vorrangig behandelt werden.

⁶ Europäisches Behindertenforum (EDF) [Menschenrechtsbericht 2022](#)

3. Beseitigung verbleibender **Hindernisse für eine wirksame Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen**; einschließlich derjenigen, die auf Einschränkungen aufgrund geistiger/intellektueller Behinderungen, auf den fehlenden Zugang zu Wahllokalen und auf Hindernisse für den Zugang zu Informationen zurückzuführen sind. Maßnahmen zur **Unterstützung einer unabhängigen und informierten** Entscheidungsfindung und Stimmabgabe, sowie die freie Wahl von Assistenz und Hilfsmitteln sollten priorisiert werden.
4. Mobilien EU-Bürger*innen in allen EU-Mitgliedstaaten das gleiche Wahlrecht zu gewähren, mit den gleichen Möglichkeiten, sich einzutragen, zu wählen und sich zur Wahl zu stellen.
5. Durchführung regelmäßiger **gezielter Informationskampagnen** und -aktivitäten zur Erläuterung der europäischen Institutionen und der demokratischen Prozesse, um **die Beteiligung junger Menschen** an den Wahlen weiter zu fördern.
6. Aufnahme von gesetzlichen Bestimmungen in den EU-Mitgliedstaaten die eine **unparteiische, von Bürger*innen geleitete Wahlbeobachtung** während des gesamten Wahlprozesses, und deren Akkreditierung verankern; da dadurch Mängel aufgedeckt und bewährte Wahlverfahren hervorgehoben werden können.
7. Durchführung eines **integrativen, konsultativen und partizipativen Wahlreformprozesses** unter Einbeziehung aller Beteiligten, einschließlich der Zivilgesellschaft und unterrepräsentierter Gruppen.

2) TRANSPARENZ

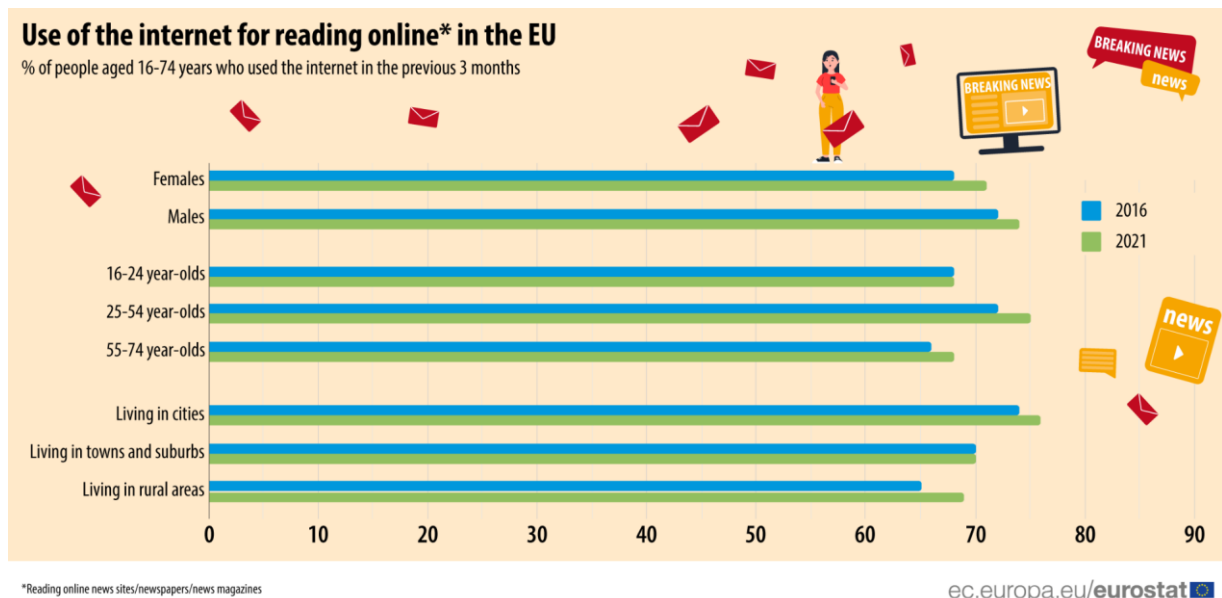
Transparenz ist ein Schlüsselprinzip für glaubwürdige Wahlen. Eine unabhängige Überprüfung auf Unregelmäßigkeiten oder böswilligen Eingriffen der politischen Kampagnen und der Wahlprozesse durch die Wahlbeteiligten, seien es politische Parteien, Wahlbeobachter*innen oder Wähler*innen, stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wahlen. Da die politische Online-Werbung im Wahlkampf zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, fehlt es auf EU- und MS-Ebene weitgehend an einer Regulierung und Kontrolle von online Wahlwerbung.

Gutachten

Die EU-Institutionen sind dabei, die politische Werbung zu regulieren⁷ mit dem Ziel, die Transparenz der politischen Werbung und der durch künstliche Intelligenz (KI) unterstützten Online-Kampagnen zu erhöhen und Desinformation entgegenzuwirken. Online-Nachrichtenplattformen werden als erste Nachrichtenquelle der EU-Bürger*innen immer wichtiger. Bislang wird die politische Online-Werbung nur auf der Grundlage der freiwilligen Selbstverpflichtung der großen Plattformen reguliert. Dieser [2022 aktualisierte Verhaltenskodex gegen Desinformation](#) hat viele der Probleme im Zusammenhang mit politischer Werbung nicht gelöst, wie z. B. das Fehlen einer unabhängigen Kontrolle durch Dritte. X (früher Twitter), eine wichtige Plattform für die politische Debatte, hat sich aus dem Verhaltenskodex zurückgezogen.

⁷ [Initiative der Europäischen Kommission zur Regelung der Transparenz und Zielgenauigkeit der politischen Werbung](#)

Tabelle 2: Nutzung des Internets zum Lesen von Online-Nachrichtenseiten/Zeitungen/Nachrichtenmagazinen in der EU⁸



Die geplante Verordnung, die auch einen möglichen Sanktionsmechanismus vorsieht, sollte Mitte 2023 verabschiedet und vor den Wahlen zum EP 2024 umgesetzt werden. Es bestehen jedoch nach wie vor zentrale Probleme wie der Schutz personenbezogener Daten, der Schutz des Wahlgeheimnisses, der Umgang mit Algorithmen, die Frauen und Minderheiten benachteiligen,⁹ sowie generell einen auf Menschenrechten basierenden Ansatz. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben bei der Gestaltung des neuen Rechtsrahmens für die Wahlen zum EP eine wichtige Rolle gespielt. Sie sehen sich jedoch mit Problemen wie dem Rückgang des zivilgesellschaftlichen Raums oder der mangelnden Anerkennung konfrontiert.

Empfehlungen¹⁰

Wir fordern die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten auf zur:

1. Förderung eines **menschenrechtsbasierten Ansatzes** zur Regulierung der politischen Werbung, um die Grundfreiheiten, demokratische Prozesse und eine offene, partizipative und transparente Regierungsarbeit zu gewährleisten.¹¹
2. **Rechtzeitigen Verabschiedung** und vollständigen Umsetzung eines neuen Rechtsrahmens für politische Werbung vor den EP-Wahlen 2024 in allen 27 EU-MS. Klarheit über die **Definition von politischer Werbung** zu schaffen, um nur gesponserte politische Inhalte und nicht alle politischen Inhalte zu erfassen. Erwägung **wirksamer Sanktionen und Mechanismen zur Durchsetzung von Sanktionen** durch alle EU-MS, die Kommission und EU-Agenturen sowie die Allgemeine Datenschutzgrundverordnung (**GDPR**) und das Gesetz über digitale Dienste (**DSA**).

⁸ Eurostat, August 2022, siehe auch Flash Eurobarometer FL011EP: [Media & News Survey 2022](#)

⁹ EU-Agentur für Grundrechte, 2022: [Vorurteile in Algorithmen - Künstliche Intelligenz und Diskriminierung](#)

¹⁰ Weitere Empfehlungen wurden in den [gemeinsamen Prioritäten der Zivilgesellschaft und der demokratischen Organisationen für das Paket zur Verteidigung der Demokratie](#) im März 2023 dargelegt.

¹¹ Unternehmen, die unter der Hoheitsgewalt der E MS tätig sind, sollten die Menschenrechte gemäß den [Leitprinzipien](#) der Vereinten Nationen [für Wirtschaft und Menschenrechte](#) achten.

3. Einführung von Maßnahmen zur **Durchsetzung einer detaillierten und rechtzeitigen Berichterstattung** an die Wahlbehörden über **Wahlkampffinanzierung und -werbung**.
4. **Stärkung von Aufsichtsinstitutionen** auf EU-Ebene wie dem Europäischen Datenschutzausschuss (**EDPB**) und auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten wie den nationalen Daten-/Medienüberwachungs- und Regulierungsbehörden.
5. **Schutz personenbezogener Daten**, die nicht ohne Zustimmung verwendet werden sollten, auch nicht für die Zwecke der politischen Werbung und des Micro-Targeting; sowie ein Verbot der standardgemäßigten Zustimmung zu Drittunternehmen und plattformübergreifendem Tracking. Einzelpersonen sollten auf klare und transparente Weise darüber informiert werden, warum sie bestimmte Werbung sehen und wer dafür bezahlt hat.
6. **Politische Online-Anzeigen sollten leicht zugänglich und durchsuchbar sein**, mit detaillierten Informationen über den Sponsor, die Quelle und die Höhe der eingesetzten Mittel, die Zahl der erreichten Nutzer*innen sowie die verwendeten spezifischen Targeting-Parameter.
7. **Ausweitung und Schutz des Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Organisationen**, unter anderem durch die uneingeschränkte Anerkennung der positiven Rolle der unparteiischen Wahlbeobachtung sowie der Ad-Tech-Plattformen, die Wahlkampagnen vor, während und nach den Wahlen beobachten, durch eine rechtliche Verankerung von Akkreditierungen.

3) RECHENSCHAFTSPFLICHT & KONTROLLE

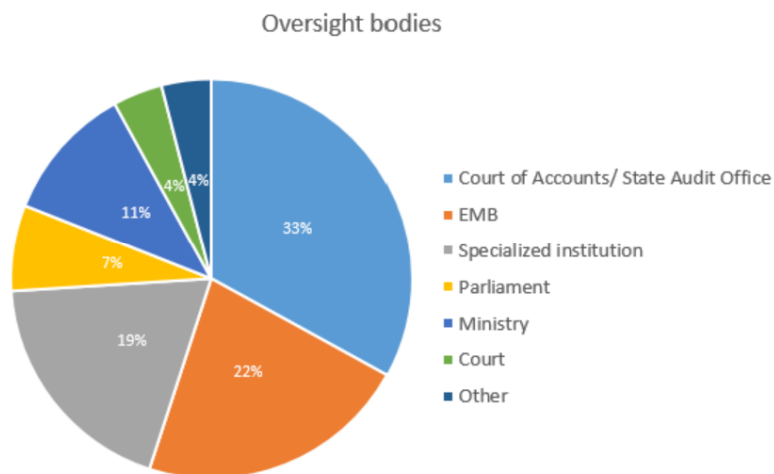
Die Rechenschaftspflicht im Bereich der politischen Finanzen ist ein Eckpfeiler der Integrität von Wahlen und der Politik und bezieht sich auf Mechanismen, die darauf abzielen, Wahlakteure im Falle der Nichteinhaltung geltender Vorschriften zur Rechenschaft zu ziehen. Rechenschaftsmechanismen auf europäischer und nationaler Ebene sollen die wirksame Durchsetzung von Vorschriften durch Aufsichts- und Sanktionssysteme gewährleisten. Die Rechenschaftspflicht ist ein gemeinsamer Wert in der EU-Region, und die EU spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung bewährter Verfahren unter den Mitgliedstaaten. In der gesamten EU-Region gibt es eine Vielzahl politischer Finanzaufsichtsbehörden, die mit der Überwachung und Durchsetzung von Rechenschaftsmechanismen beauftragt sind.

Erkenntnis

Die bestehenden Vorschriften der EU und der EU-Mitgliedstaaten zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung werden den Bedürfnissen der EU als Wertegemeinschaft nicht gerecht. Damit die EU zu einem Förderer bewährter Praktiken im Bereich der Rechenschaftspflicht werden kann, muss sie sich den neuen Herausforderungen wie Desinformation, Online-Wahlkampf und ausländischer Einflussnahme stellen. Es gibt Diskrepanzen zwischen den Regeln auf EU-Ebene¹² und den nationalen Vorschriften in Bezug auf die Finanzierung der EP-Wahlen und die geplanten Strategien zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht bei der politischen Finanzierung. Den Verlauf des Geldes zu analysieren ist für die meisten nationalen Aufsichtsbehörden zu einem wichtigen Thema geworden. Auch bei den Durchsetzungsmechanismen besteht eine Diskrepanz zwischen der EU und den EU-Mitgliedstaaten.

¹² Gilt für die [Verordnung Nr. 1141/2014](#)

Tabelle 3: Zuständige Aufsichtsbehörden in den EU-Mitgliedstaaten¹³



Die europäischen politischen Parteien stoßen im Wahlkampf auf Hindernisse.¹⁴ Die Unterscheidung zwischen europäischen und nationalen Kampagnen wirkt sich auf ihre Fähigkeit aus, die Wähler*innen zu erreichen, was die Legitimität ihrer Rolle entscheidend in Frage stellt. Die bestehenden nationalen Vorschriften für die Wahlen zum EP beziehen sich zumeist auf die Aktivitäten der nationalen

politischen Parteien, und die Finanzierung der Wahlkampagnen zum EP ist nach wie vor eine nationale Angelegenheit, wodurch eine finanzielle Barriere zwischen der europäischen und der nationalen Ebene der Vorschriften entsteht.

Empfehlungen

Wir fordern die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten auf zur:

- Schließung der Lücke zwischen den europäischen Regelungen für europäische politische Parteien und den nationalen Regelungen für nationale politische Parteien**, insbesondere wenn nationale Wahlkampfthemen grenzüberschreitenden Charakter haben, wie z. B. politische Online-Werbung.
- Einrichtung eines Netzwerks von Aufsichtsgremien** unter der Kontrolle der europäischen Regulierungsbehörde (Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen, [APPE](#)), um die einheitliche und konsequente Anwendung der EU-Vorschriften auf Ebene der MS zu gewährleisten und die **Lücke bei der Umsetzung der politischen Finanzierung zu schließen**. Zwar hat die Behörde nicht das Mandat, nationale politische Parteien zu regulieren, doch könnte die APPF die nationalen Aufsichtsgremien in die Lage versetzen, ihre Aufgaben effektiver zu erfüllen.
- Beseitigung der derzeitigen finanziellen Barriere, die die europäischen politischen Parteien daran hindert, sich an einer beträchtlichen Anzahl von nationalen EP-Wahlkampagnen zu beteiligen**. Das Fehlen einer klaren Unterscheidung zwischen nationalen Kampagnen in einem MS in einer "nationalen" EP-Wahlkampagne und von europäischen Kampagnenaktivitäten in einem MS beeinträchtigt die Fähigkeit der europäischen politischen Parteien, sich im Wahlkampf zu engagieren, erheblich.

4) RISIKEN UND CHANCEN

Die Herausforderungen für die Wahlen zum EP nehmen aufgrund der Digitalisierung der politischen Kampagnen und des Nachrichtenkonsums sowie der antidemokratischen Einmischung von außen und innen zu. Die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einer Reihe von MS stellt ein

¹³ Europäische Plattform für demokratische Wahlen, Juni 2022: [Rätselhafte Regeln - gleiches Spiel?](#)

¹⁴ Siehe: European Platform for Democratic Elections, Juni 2022: [Puzzling Rules - Equal Game?](#) und [Election-Watch.EU Election Assessment Mission Report 2019](#)

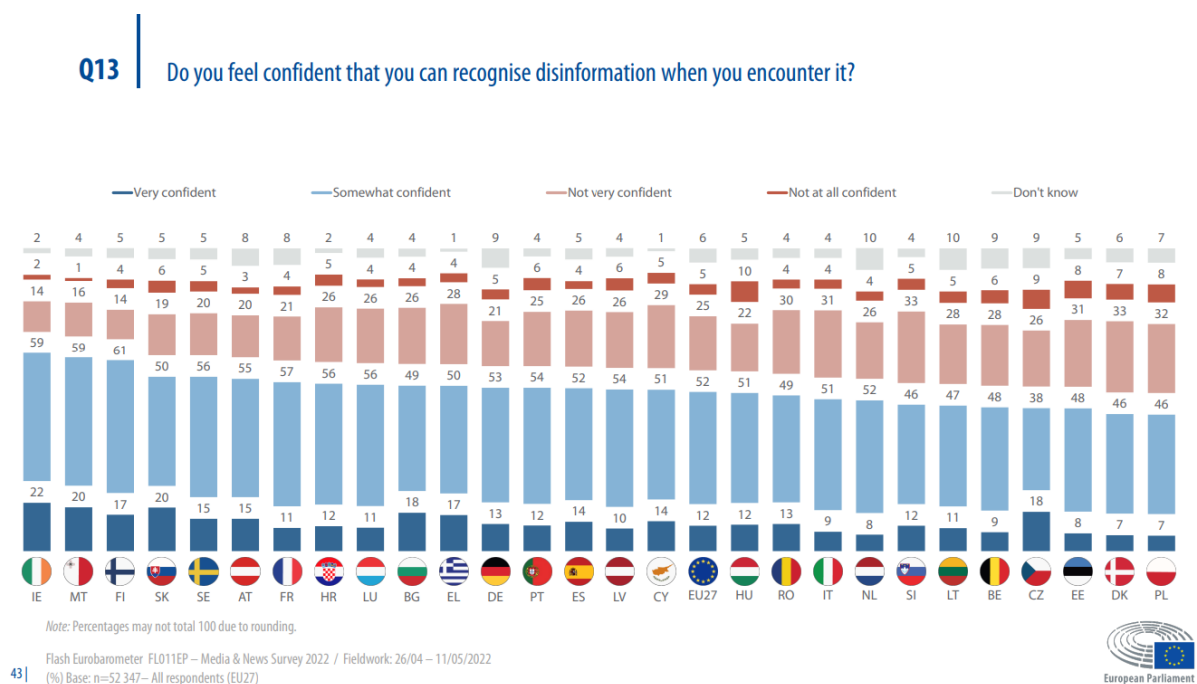
besonderes Problem dar. Extrem einseitige Berichterstattung in den öffentlichen Medien, Überschneidungen zwischen Staat und Partei und ein Mangel an unabhängiger Justiz tragen in einigen Fällen zu Problemen bei, die die Integrität des EP-Wahlprozesses in Frage stellen.

Gleichzeitig bieten die Wahlen zum EP Chancen, da mehr Wähler*innen motiviert sind, demokratische Strukturen zu verteidigen, und die EU als entscheidender politischer Akteur sichtbar geworden ist – insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie, ihren Konjunkturprogrammen und ihrer Rolle bei der Unterstützung der Ukraine. Dieser Impuls könnte sich in einer Wählermobilisierung niederschlagen, aber auch die Idee der Spitzenkandidat*innen wieder aufleben lassen.

Gutachten

Das Bewusstsein für die Gefahr von Desinformation und Hassrede ist seit den Wahlen zum EP 2019 gestiegen, auch aufgrund der laufenden Bemühungen der europäischen Institutionen in diesem Bereich.¹⁵ Länder wie Russland, China und andere autoritäre Staaten versuchen, den öffentlichen Diskurs in der EU negativ zu beeinflussen, insbesondere online, um ihre eigenen strategischen Ziele zu erreichen.

Tabelle 4: Vertrauen der EU-Bürger*innen in die Erkennung von Desinformation in den EU-MS¹⁶



Das Risiko einer parteiischen Medienberichterstattung wird durch die oligarchische oder staatliche Kontrolle der Medien in mehreren MS sowie durch die Einschränkung unabhängiger Medien im Allgemeinen noch verstärkt. Dazu gehören unter anderem physische Bedrohungen, Gesetze über ausländische Einflussnahme, staatliche Überwachung und strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP).¹⁷ Diese Umstände wirken sich nachteilig auf die Qualität politischer Kampagnen und Wahlprozesse aus.¹⁸ Darüber hinaus

¹⁵ Siehe [EUvsDisinfo](#)

¹⁶ [Flash Eurobarometer, Nachrichten&Medien-Umfrage 2022](#)

¹⁷ Eine [EU-Anti-SLAPP-Richtlinie](#) ist in Vorbereitung; siehe auch: PATFox-Projekt

¹⁸ Siehe [Berichte](#) des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) [über Wahlaktivitäten](#). So stellte das [OSZE/BDIMR](#) beispielsweise in Bezug auf die ungarischen

könnten sich die Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz,¹⁹ insbesondere in Polen und Ungarn, möglicherweise negativ auf die EP-Wahlen auswirken, falls es zu Wahlanfechtungen kommt.²⁰

Obwohl bei den Europawahlen 2019 zum ersten Mal eine höhere Wahlbeteiligung verzeichnet wurde, ist dieses Thema weiterhin besorgniserregend, insbesondere in jenen MS, in denen die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EP regelmäßig sehr niedrig ist. Die EU hat an Sichtbarkeit gewonnen, insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die EP-Wahlen könnten von dieser erhöhten Sichtbarkeit profitieren, insbesondere wenn die Idee der Spitzenkandidat*innen (ein*e Spitzenkandidat*in pro Fraktion, der/die Gewinner*in wird Präsident*in der Europäischen Kommission) umgesetzt wird. Im Jahr 2019 haben die MS dieses Versprechen nicht eingelöst. Spitzenkandidat*innen könnten dazu beitragen, ein Gefühl der Identifikation mit den EU-Institutionen sowie eine direkte Vertretung und Auswahl bei den Wahlen zu schaffen. Die Regierungen der EU-MS lehnten bei der [Abstimmung](#) im EP einen [Vorschlag](#) ab, der die Einrichtung eines unionsweiten Wahlkreises für die Wahl der 28 Europaabgeordneten vorsah. Stattdessen einigten sich die Regierungen vorläufig darauf, 15 zusätzliche Sitze im EP einzurichten, wodurch die Zahl der Sitze für das nächste EP zwischen 2024 und 2029 von 705 auf 720 steigen würde.²¹

Empfehlungen

Wir fordern die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten auf zur:

1. **Stärkung freier und unabhängiger Medien und Schutz von Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen** und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Bekämpfung von Beschränkungen durch Gesetze über ausländische Einflussnahme, SLAPP, physische Drohungen und Einschüchterung, um der Vereinnahmung der Medien und der parteiischen Berichterstattung entgegenzuwirken.
2. **Anregung politischer Debatten** über Themen, die für die europäischen Wähler*innen wichtig sind, und Förderung der demokratischen Teilhabe bei gleichzeitigem Ausgleich der Aufmerksamkeit für antieuropäische Narrative und rechtsextreme Parteien bei den Wahlen, um das Engagement der Wähler*innen und eine positive Vision der EU als Projekt zu unterstützen.
3. **Entschiedene Reaktion auf die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit** in den MS, da Schwächen in der Rechtsstaatlichkeit die Integrität der Wahlen beeinträchtigen können (d.h. die Möglichkeit von Wahlanfechtungen).
4. **Verbesserung der Kommunikation über die Aktivitäten der EU-Institutionen im Kampf gegen Desinformation**, um das Bewusstsein für die Quellen und die Qualität der Informationen für die Bürger*innen zu schärfen.
5. Unterstützung der **Schaffung stärkerer Systeme** durch die Zivilgesellschaft, die Medien und die Wissenschaft **zur Überwachung und Bekämpfung von Desinformation** im nationalen Kontext der EU und der EU-MS.
6. **Stärkung der Wahrnehmung der EU** in der öffentlichen Meinung als Lösungsanbieter und bessere Information der Bürger*innen über ihre Aktivitäten und Arbeitsweise.

Parlamentswahlen 2022 fest, dass "(t)he media are divided along political lines and operate in an increasingly concentrated market. The extensive government advertising campaigns and biased news coverage in the public and many private media provided a pervasive campaign platform for the ruling party. The campaign opportunities in the media for other parties were significantly limited by the constitutional prohibition on paid political advertisement and scarce allocation of the free airtime by only a few media."

¹⁹ [2022 EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht](#)

²⁰ [Flash Eurobarometer, Perceived Independence of National Justice Systems – General Public, June 2023](#)

²¹ Frankreich, Spanien und die Niederlande würden zwei Abgeordnete hinzugewinnen, während die Länder Österreich, Belgien, Polen, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Lettland, Irland und Dänemark einen weiteren Abgeordneten hinzufügen würden. Die Änderungen müssen noch vom Europäischen Rat und dem Parlament selbst formell genehmigt werden; [Politico.EU 28. Juli 2023](#).